

Bildungsmisere und Neokratie

Bildungsmisere ist überall. Es ist eine Misere der Lehrmethoden, aber viel schlimmer noch der Lehrinhalte. Vor allem, aber nicht nur im staatlichen Bildungssystem wird zu wenig Bildung vermittelt oder ist Bildung zu wenig zeitgemäß. Am wenigsten betroffen ist hiervon die Elementarbildung im Lesen, Schreiben und Rechnen, aber selbst diese ist weithin ungenügend, sei es wegen schlechter Didaktik oder wegen ungenügender Finanzierung der Bildungseinrichtungen. Was über die einfachste Elementarbildung hinaus notwendig und zeitgemäß ist und was welche Priorität verdient, was in Lehrplänen entfallen und was hinzukommen sollte, was Wahl- und was Pflichtinhalt sein und was früher und was später als bisher vermittelt werden sollte, wird fast nirgendwo unvoreingenommen erörtert. Wo für Bildungsinhalte gestritten wird, geschieht dies zumeist aus Eigeninteresse, aus Gewohnheit oder weltanschaulichem Vorurteil. Man hält an überkommenen Bildungsinhalten fest, weil man es als Lehrender damit leichter hat, weil man eigene Bildung nicht in Frage stellen, weil man sich schlicht das Zeitgemäßere nicht vorstellen kann und auch, weil sich mit traditionsverhafteten Bildungskonzepten leichter politische Mehrheiten gewinnen lassen. An Motiven, es bei unzeitgemäßen Bildungsinhalten zu belassen, mangelt es also nicht. Dies gilt gleichermaßen für die Allgemeinbildung an Schulen und für die Ausbil-

dung in den meisten Hochschulfächern. Allein bei der berufsqualifizierenden Ausbildung vor allem in technischen Fächern scheinen die Rückkopplungen zur Berufswelt einen etwas zeitgemäßerem Wandel zu erzwingen.

Fast alle Bildungsinhalte müssten permanent an veränderte Anforderungen angepasst werden, aber die Inhalte von Elementarbildung scheinen auf den ersten Blick fast zeitlos zu sein. Dies gilt in der Tat für das Rechnen, aber schon für das Lesen und auch das Schreiben gilt es nur mit Einschränkung. Beim Erlernen des Lesens und Schreibens geht es immer auch um Begriffe, die Weltverständnis, Lebensgefühl und Verhalten der Lernenden prägen, und schon solche elementare Prägung kann unzeitgemäß sein. Sprache ist daher schon auf der Elementarstufe nie ganz und gar vorurteilsfrei. Sie setzt der Phantasie und damit der möglichen Weiterentwicklung von Gedanken Grenzen. Diese Grenzen sind aber von herkömmlicher Bildungspolitik durchaus gewollt. Es entspricht dem Willen von Politikern, dass schon auf der Elementarstufe Wertvorstellungen, Lebensgefühl und damit auch Vorurteile nach ihrem Weltverständnis geprägt werden.¹

¹ S. hierzu auch *Gefangen in der Sprache. Sprachliche Prägung und politisches Vorurteil* im Reformforum Neopolis (www.reformforum-neopolis.de/files/gefangen_in_der_sprache_-

Auf höheren Bildungsstufen nimmt die inhaltliche Misere naturgemäß an Schärfe zu. Je weiter Bildung über elementares Wissen und Können hinausgeht, desto schwerer lassen sich wahrhaft zeitgemäße Bildungsinhalte definieren. Und je schwerer der Nachweis zu führen ist, welche Bildungsinhalte wirklich zeitgemäß wären, desto schwerer sind Widerstände gegen inhaltliche Erneuerungen überwindbar. So kommt es, dass in Schulfächern wie Geschichte, Sprache, Literatur, Sozialkunde oder Ethik, aber zu einem gewissen Grade auch Mathematik und Naturwissenschaften fällige Entrümpelungen von Lehrplänen immer wieder jahrzehnte- oder auch jahrhundertlang ausbleiben.

Auf der Hochschulebene ist es nicht anders, zumindest dort, wo nicht angewandte Technik gelehrt wird. Auch dort würden sich immer wieder große Teile des Lehrstoffs bei wirklich unvoreingenommener Betrachtung als Ballast erweisen, dem allenfalls noch wissenschaftsgeschichtliches Interesse gebührt. Inwieweit in Hochschulfächern wie Politik- und anderen Sozialwissenschaften, in Philosophie, Wirtschaftswissenschaften und teilweise auch in Mathematik oder Medizin noch wirklich relevantes Wissen vermittelt wird, inwieweit die Lehrinhalte also der Gesellschaft und den Lernenden dienen, sei es im wirtschaftlichen Sinne oder im Sinne kultureller Bereicherung, ist daher höchst zweifelhaft. Auch jüngere bildungspolitische Reformprodukte wie das

Schnellabitur oder auf Hochschulebene der so genannte Bologna-Prozess entschärfen die Bildungsmisere nicht. Sie verfestigen eher noch die Rückständigkeit der Bildungsinhalte sowohl beim Allgemeinwissen als auch beim Fachwissen. Es hat sich gezeigt, dass bestehende Bildungssysteme solche formalen Reformen sogar nutzen, um sich inhaltlichen Reformen zu entziehen und damit herkömmliche Bildungsinhalte zu zementieren. Die Folge hiervon ist, dass Wohlstand, Zivilisierung und Kultur der Ausgebildeten - und damit der Gesellschaft - weit hinter dem Möglichen zurückbleiben. Dies ist natürlich skandalös, aber es wird bei der herrschenden politischen Bewusstseins- und Willenslage dennoch kaum wahrgenommen.

Staatliches Bildungsmonopol und Stagnation der Lehre

Man könnte versucht sein, all dies auf administratives Versagen der Schulen und Hochschulen zurückzuführen oder auf persönliches Versagen von Politikern und politischen Parteien. Die Bildungsmisere ist aber ein Dauerzustand. Sie wird nicht besser durch personellen Wechsel von Administratoren an Schulen und Hochschulen, nicht durch einen Generationenwechseln bei den Lehrenden und auch nicht durch den Wechsel politischer Mehrheiten und Machtverhältnisse. Zudem sind die inhaltlichen Defizite der Lehre fast allen Bildungseinrichtungen gemeinsam, seien es staatliche oder private. Ein Grund hierfür ist die Dominanz des staatlichen Bildungsmonopols. Der Staat entscheidet, welche Bildung subventioniert wird und welche Abschlüsse staatlich anerkannt werden,

und schon dadurch schafft er so etwas wie eine herrschende Meinung über Bildungsinhalte. Hiergegen könnten sich zumindest in absehbaren Zeiträumen keine auf noch so fundierte Einsicht gegründeten Aufklärungsversuche durchsetzen. Daher können beispielsweise in einem Fach wie Ökonomie generationenlang denksportaufgabenartige Lehrinhalte dominieren, drängende reale Probleme wie die Vorbeugung gegen Wirtschaftskrisen der jüngsten Art dagegen völlig aus dem Blickfeld geraten. Und so kann eine Staatswissenschaft als Lehre vom bestehenden Staat dahinkümmern, die nicht einmal die Frage stellt, warum dieser Staat Wirtschaftskrisen, Bildungsmisere und andere politische Katastrophen nicht verhindern kann oder will. In diesen und anderen Lehrfächern bevorzugen der bildungsmonopolistische Staat und die von ihm geprägte herrschende Meinung eine Lehre, die vorzugsweise tradierten Lehrstoff vermittelt, was wiederum bei den Lehrenden eine ausgeprägte Anhänglichkeit an diesen Lehrstoff voraussetzt. Dies aber steht im wachsenden Widerspruch zum sich beschleunigenden Wandel von Wirtschaft, Technik und Gesellschaft, der tradierten Lehrstoff immer rascher obsolet werden lässt.

Was Bildung leisten müsste

Die Anforderungen an Bildung wandeln sich rasch, aber die weit überwiegende Mehrheit von Wählern und Gewählten ist sich der Geschwindigkeit dieses Wandels entweder zu wenig bewusst oder fühlt sich hiervon zu wenig betroffen. Bildung aber sollte nicht an aktuellen politischen Mehr-

heitsinteressen ausgerichtet sein, sondern sie sollte vorrangig Generationen dienen, die noch nicht politisch mehrheitsbildend wirken. Bildungspolitik müsste insofern antizipieren, welche Bildungsinhalte von diesen Generationen in der späteren Rückschau als Bereicherung empfunden würden und welche eher als Bildungsballast. Dabei müsste sie die Balance finden zwischen der Vermittlung zukunftsfähiger beruflicher Bildung, zukunftsfähiger gesellschaftlicher Bildung und von Bildung zur individuellen Lebensbewältigung. Dies ist immer auch ein Balanceakt zwischen diszipliniertem verschultem Lernen und der Gewährung nichtverschulter Bildungsfreiräume.

Eine solche Bildungspolitik könnte nur dann dauerhaft gelingen, wenn der politische Auftrag zur Bildung ganz anders entstände und anders formuliert würde als in der Vergangenheit. Ein zeitgemäßer politischer Bildungsauftrag würde u.a. dafür sorgen, dass Bildungsinhalte einem andauernden strengen, möglichst verfassungsrechtlich verbindlichen Rechtfertigungszwang unterworfen werden. Hierzu müsste den Bildungsinstitutionen auferlegt werden, Sinn und Zweck aller vermittelten Bildungsinhalte mit größtmöglicher Transparenz darzulegen. Kein Unterrichtsstoff und kein Vorlesungs- und Seminarstoff würde dann mehr fraglos als unersetzlich gelten. Nichts würde nur deswegen noch gelehrt werden, weil es schon früher so war, weil Lehrende es so können und wollen und weil Bildungspolitik mit der Aktualisierung von Bildungsinhalten überfordert wäre. Zu jedem Lehrstoff würde vielmehr

gründliche Aufklärung darüber angeboten werden, welchem Zweck er dient und inwiefern dieser Zweck zeitgemäß ist. Nur unter einem solchen Rechtfertigungszwang, einem Transparenzgebot von verfassungsähnlichem Rang hinsichtlich der Bildungszwecke, würden Bildungsinhalte wirklich permanent zeitgemäß erneuert.

Ein solches Transparenzgebot könnte Bildungseinrichtungen auch dazu motivieren, ein - allgemeines oder auch fachspezifisches - Lehrfach Wandel einzuführen, um damit eigener inhaltlicher Erstarrung vorzubeugen. Ein solches Lehrfach könnte auf Wissensgeschichte im herkömmlichen Sinne aufbauen und diese in die Zukunft zu extrapolieren versuchen. So könnte das Nachdenken darüber, welche Lehrinhalte wie lange welche Bedeutung haben, welche wann und warum obsolet werden und welche möglicherweise schon obsolet sind, auf allen Wissensgebieten zur selbstverständlichen Gewohnheit werden. Ein Lehrfach Wandel könnte insofern dauerhaft davor schützen, dass die chronische Misere der Bildungsinhalte sich unabsehbar fortsetzt.

Die Perspektive neokratischer Bildungsreformen

Ein so radikal neuer Umgang mit Bildungsinhalten, eine solche Institutionalisierung des inhaltlichen Wandels vor allem ist natürlich vom herkömmlichen, selbst von eklatantem Mangel an Wandlungsfähigkeit geprägten Staat nicht zu erwarten und nicht einmal zu erhoffen. Unter der Ägide herkömmlicher Staaten wird es zu nichts anderem kommen als den gewohnten,

immer wieder verspäteten und immer wieder auch missglückten Reformmaßnahmen herkömmlicher Art, an denen dennoch immer wieder längstmöglich festgehalten wird.

Die große bildungspolitische Herausforderung der Zukunft wird daher sein, bessere Voraussetzungen für einen gänzlich anderen Umgang mit den Erfordernissen des inhaltlichen Wandels zu schaffen. Hierfür genügt es nicht, wenn etwa, wie es beispielsweise in Deutschland häufig gefordert wird, bildungspolitische Zuständigkeiten nur innerhalb des bestehenden Staates verschoben werden, wenn also beispielsweise die bildungspolitische Zuständigkeit der Bundesländer von einer zentralstaatlichen Zuständigkeit abgelöst wird. Nichts spricht dafür, dass eine solche Zuständigkeitsverschiebung die bildungspolitische Kompetenz insgesamt erhöhen würde. Der Bund als bildungspolitischer Akteur wäre eher noch schwerfälliger, noch weniger reformwillig und reformfähig als die Bundesländer je für sich. Ein Vergleich mit anderen Politikbereichen sollte in dieser Hinsicht Warnung genug sein, beispielsweise mit dem Bereich der Gesundheitspolitik, wo trotz - oder vielmehr gerade wegen - der zentralstaatlichen Zuständigkeit alle Reformversuche um Jahrzehnte oder Generationen hinter den eigentlichen Reformfordernissen zurückbleiben. Solche Erfahrungen lassen auf alles andere schließen als auf einen zeitgemäßen Wandel von Lehrinhalten durch Zuständigkeitsbündelung beim Zentralstaat.

Mit einem wirklich grundlegenden Wandel des bildungspolitischen Re-

formgeschehens wäre nur dann zu rechnen, wenn für die Bildungspolitik ganz und gar neue Zuständigkeiten und Entscheidungsverfahren geschaffen würden. Dies wäre der Fall, wenn der Staat als ganzer im neokratischen Sinne reorganisiert würde. Damit würde die bildungspolitische Zuständigkeit dem bestehenden Staatswesen gänzlich entwunden und in die Hände einer eigenständigen, fachlich spezialisierten Staatssparte gelegt, in die Hände also eines Bildungsparlaments und einer Bildungsexekutive. Zur Finanzierung von Bildungspolitik würde dabei eine spezielle Bildungssteuer erhoben, die als Teil der Einkommensteuer ausgestaltet werden könnte. In weiteren neokratischen Reformschritten könnte sogar den Steuerzahlern die individuelle Entscheidung darüber überlassen werden, welcher Bildungsinstitution sie welchen Anteil der von ihnen geschuldeten Bildungssteuer zukommen lassen. Nur über die Gesamthöhe der Bildungssteuer wäre dann noch auf politischer Ebene zu entscheiden.

Natürlich wäre auch eine solche radikale, neokratische Umgestaltung des Staates keine Garantie dafür, dass bildungspolitische Reformen zu jeder

Zeit zweifelsfrei gelingen oder zumindest im späteren Rückblick als gelungen gelten, dass sich nicht je wieder Innovationsfeindlichkeit in Bildungsinstitutionen breitmacht und dass die Belange der kommenden Generationen bildungspolitisch nie zu kurz kommen. Dennoch könnte nichts anderes als Spezialisierung im neokratischen Sinne einen bildungspolitischen Kompetenzschub hervorbringen, und zwar auf Seiten der politischen Akteure wie auch auf Seiten der Wähler. Zudem könnten die Wähler unter neokratischen Bedingungen viel gezielter auf offensichtliche bildungspolitische Fehlentwicklungen reagieren als im herkömmlichen Staat. Auch dies würde die Voraussetzungen für eine neuartige, weniger veränderungsresistente Bildungswelt schaffen helfen, eine Welt, in der u.a. zu jeder Lehrveranstaltung offengelegt wird, welchem Ziel sie dienen soll. Mit bescheideneren Reformen, die nicht auch radikale Erneuerungen der politischen Entscheidungsprozesse und damit des gesamten politischen Systems wagen, werden solche Ziele nicht zu erreichen sein.

12 – 2009

www.reformforum-neopolis.de